

Linkspod – der Podcast der Linksfraktion in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

00:00:03

Eva: Herzlich willkommen zu linkspod, dem Podcast der Linksfraktion in Köln. Wir freuen uns, dass ihr heute eingeschaltet habt. Es ist unser Wunsch, euch die Kölner Ratsarbeit und Kommunalpolitik näherzubringen. Dazu laden wir unterschiedliche Menschen aus der Kölner Stadtgesellschaft in unseren Podcast ein. Ich bin Eva Haas, und ich begrüße euch heute zu einer Folge, zu der hoffentlich viele Finanznerds und Menschen, die es werden wollen, einschalten. Denn heute geht es um Investitionen und Finanzierung in der Kommune.

00:00:38

Eva: Also, herzlich willkommen, liebe Hörerinnen und Hörer, zu einer neuen Folge von linkspod, dem Podcast der Linksfraktion in Köln. Unser heutiger Gast ist Wilfried Kossen. Er ist Fraktionsgeschäftsführer bei den Linken im LVR, und er ist auch Experte für kommunale Finanzen, und zu dem Thema ist er auch heute in den Podcast eingeladen worden. Da werden wir ein bisschen drüber sprechen. Wilfried, möchtest du dich mal vorstellen, möchtest du mal ein bisschen dazu erzählen, was du so machst, was deine Aufgaben sind; und auch, wie es dazu kommt, dass du dich so gut auskennst mit dem Thema Finanzen in der Kommune?

00:01:17

Wilfried: Hallo, Eva.

00:01:19

Eva: Ja, schön, dass du da bist, Wilfried!

00:01:21

Wilfried: Danke schön! Wie du ja gerade gesagt hast, ich bin Geschäftsführer der LINKE-Fraktion im LVR. LVR heißt Landschaftsverband Rheinland. Das ist ein kommunaler Zweckverband, in dem sind Kommunen zusammengeschlossen, um überregionale Aufgaben zu erfüllen. Und bevor ich dort als Geschäftsführer angefangen habe, habe ich bis vor einem Jahr ungefähr hier bei der Kölner Ratsfraktion gearbeitet, unter anderem für den Bereich kommunale Finanzen, und deswegen habe ich mich damit halt über einige Jahre auseinandergesetzt.

00:01:55

Eva: Vielleicht bevor wir ins Thema einsteigen, was kann man sich denn so vorstellen unter überregionalen Aufgaben? Also vielleicht für die Hörerinnen und Hörer, die jetzt noch nicht so drin sind im Thema Kommunalpolitik oder auch überregionale Politik? Um was geht es denn da zum Beispiel? Und um was geht's da die Finanzen betreffend?

00:02:17

Wilfried: Der LVR ist vor allem für den Bereich Inklusion zuständig. Das ist der größte Bereich beim Landschaftsverband. Er betreibt unter anderem auch Förderschulen, aber ist auch ansonsten für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zuständig. Außerdem gibt es einen Bereich, wo der LVR Museen betreibt und Kultureinrichtungen unterstützt; Kommunen in Bezug auf ihre Archive...und der Denkmalschutz ist zum Beispiel auch beim LVR angesiedelt.

00:02:49

Eva: Okay, das klingt ja, als wäre auch der LVR wirklich mit sehr, ja, ich sag mal,

Linkspod – der Podcast der Linksfraktion in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

umfassenden Aufgabenbereichen betraut. Du hast ja die Perspektive sowohl auf den kommunalen Haushalt der Stadt Köln, da du dich ja lange Jahre damit beschäftigt hast, und jetzt auch auf den Haushalt vom LVR. Gibt es denn da Unterschiede, oder funktioniert das, ich sag mal, von der Struktur ähnlich? Ist das vom Volumen ähnlich, oder gibt's da große Unterschiede?

00:03:19

Wilfried: Vom Volumen sind tatsächlich der LVR und die Stadt Köln ziemlich ähnlich. Also, beide haben einen Haushalt in der Größenordnung von fünfeinhalb Milliarden Euro. Die Finanzierung des LVR und die Finanzierung der Kommunen, die sind sehr unterschiedlich. Die Kommunen haben ja bestimmte Steuern, zum Beispiel die Gewerbesteuer als größte Quelle für ihre Einnahmen, aber dann eben auch Anteile an der Einkommenssteuer und so weiter. Der LVR hat diese Möglichkeiten nicht, sich über Steuern zu finanzieren, sondern der finanziert sich zu einem großen Teil über die Umlage, die Landschafts Umlage. Und die wird bezahlt von den Mitgliedskommunen, unter anderem eben von der Stadt Köln. Und diese Umlage, die wird in jedem Jahr neu festgelegt. Natürlich gibt es dann auch immer gewisse Uneinigheiten zwischen den Mitgliedskommunen, die die Umlage bezahlen müssen, und dem, der die Umlage einnimmt, darüber, wie hoch sie dann jeweils ausfallen soll.

00:04:32

Eva: Wie ist das denn mit der Finanzsituation des LVR-Haushaltes? Also, du hast ja gerade dargestellt, wie die Finanzierung funktioniert. In Köln ist es jetzt so gewesen, dass der Jahresbericht deutlich positiver abgeschlossen werden konnte als gedacht. Wie ist das bei euch also? Ist da grundsätzlich eine klamme Situation, oder stellt sich die Finanzlage eher gut dar? Wie würdest du das bewerten?

00:04:59

Wilfried: Dadurch, dass der Landschaftsverband sich über die Umlage finanziert, ist er tatsächlich in einer deutlich anderen Situation als die Kommunen es sind. Gerade Kommunen, die im Ruhegebiet sind, sind tatsächlich in einer schwierigen Finanzsituation und bekommen es nicht hin, einen ausgeglichenen Haushalt herzustellen, über Jahre schon... häufig zumindest. Beim LVR ist das anders. Also, der LVR stellt erst mal fest, wie hoch ist sein Finanzbedarf, und dann wird entsprechend die Umlage in der Höhe, die dafür nötig ist, um einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen, festgesetzt.

00:05:38

Eva: Bedeutet das, dass der LVR praktisch nicht in eine finanzielle Schieflage geraten kann, weil immer genug Finanzbedarf durch die Kommunen bereitgestellt wird?

00:05:50

Wilfried: Wenn es unterjährig große Veränderungen gibt, dann kann man sich das vorstellen, aber zumindest am Anfang eines Haushaltsjahres - dann, wenn der Haushalt festgelegt wird - dann ist es tatsächlich so, dass der LVR auf einen ausgeglichenen Haushalt hinaus planen kann und das dann eben auch tut. Natürlich ist es so, dass dann immer auch die Bedürfnisse der Kommunen berücksichtigt werden müssen. Viele Mitglieder in der Landschaftsversammlung - das ist dann sozusagen

Linkspod – der Podcast der Linksfraktion in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

das Parlament beim LVR - haben gleichzeitig auch Mandate in Kommunen, und dementsprechend wird die Perspektive dann auch mit eingebracht.

00:06:27

Eva: Das ist schon mal sehr interessant. Worüber ich gerne mit dir heute sprechen wollte, das sind ja zum einen öffentliche Finanzen, aber auch grüne Finanzen. Das ist ja ein Thema, was immer mehr, würde ich sagen, in den Fokus der Öffentlichkeit rückt; was auch durchaus kontrovers diskutiert wird. Manche meinen, dass das ja eher Bilanzkosmetik ist, das auch Greenwashing betrieben wird. Andere sehen da eine Zukunftsfähigkeit in dem Thema. Worüber ich gerne mit dir sprechen wollen würde: Ihr habt auch einen Antrag gestellt zum Thema Nachhaltigkeit bei Finanzanlagen. Wenn ich das richtig im Kopf habe, geht es da um soziale und auch ökologische Nachhaltigkeit. Vielleicht könntest du ein bisschen dazu erklären, wie ihr da drauf gekommen seid, wie dieser Antrag gestaltet ist, und auch, warum ihr euch entschieden habt, euch auf die EU Taxonomie zu beziehen. Das frage ich deswegen, weil die Taxonomie ja durchaus kontrovers diskutiert wird, weil manche sie für zu lasch halten. Aber da können wir ja auch gerne gleich noch drüber sprechen. Vielleicht sagst du erst mal was zum Antrag im Allgemeinen und worum es da geht.

00:07:43

Wilfried: Ja, der LVR hat Finanzanlagen in der Höhe von ungefähr 1,6 Milliarden Euro. Insgesamt, und das sind jetzt nicht alle Anlagen in Wertpapieren. Da geht es auch um direkte Anlagen in Unternehmen. Insgesamt halt 1,6 Milliarden Euro, und für diese Anlagen gibt es eine Anlagerichtlinie. Diese Anlagerichtlinie legt fest, auf welche Art und Weise diese Gelder angelegt werden, was für Kriterien dabei zu berücksichtigen sind. Und dabei sind...dass ist ein ganz allgemeiner Standard, eigentlich solche Sachen wie Rentabilität mit aufgeführt, die Sicherheit der Geldanlage. Das heißt, man kann halt nach dieser Anlagerichtlinie die Gelder nicht in Risikoanlagen stecken, wo das dann eventuell verloren geht, was ja auch vernünftig ist, wenn es sich um öffentliche Gelder handelt. Was aber fehlt, das sind eben diese Kriterien, die wir jetzt einbringen wollen: die sozialen Kriterien, wo es zum Beispiel darum geht, dass Arbeitsschutz gewährleistet ist, dort, wo das Geld dann angelegt wird; dass keine Zwangsarbeit stattfindet, dass keine Kinderarbeit stattfindet, dass es Rechte für Gewerkschaften gibt, sich einzusetzen für bessere Arbeitsbedingungen, sich einzusetzen für bessere Löhne. Es geht auch darum, dass das Geld nicht in Länder geht, die demokratische Standards nicht einhalten, die Diktaturen sind oder ihre Bevölkerung unterdrücken. Und dann geht es eben auch um diesen Aspekt der Ökologie, deswegen eben soziale und ökologische Kriterien, die uns da wichtig sind bei all diesen Punkten. Da ist natürlich dann prinzipiell die Frage, zum einen, welche Kriterien sollen es sein, und zum zweiten, wie lässt sich das dann durchsetzen?

00:09:45

Eva: Also, das frage ich mich auch, wenn du das jetzt so darstellst, welche Kriterien das sind... Das sind ja welche, die durchaus gar nicht so einfach zu überprüfen sind. Wenn ihr euch jetzt auf die EU Taxonomie stützt, für die Finanzanlagen, wird das dann auch durch die EU überprüft, oder wie findet diese Überprüfung statt? Weißt du da was zu?

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

00:10:08

Wilfried: Die EU Taxonomie bezieht sich ja erst mal nur auf die ökologischen Fragen und nicht auf Fragen wie Arbeitsschutz oder Demokratie in den Ländern, das spielt jetzt erstmal nicht die Rolle. Insgesamt gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, sich an bestehenden Zertifikaten zu orientieren. Da gibt es tatsächlich Organisationen, über die Unternehmen sich dann zertifizieren lassen können in Bezug darauf, dass sie bestimmte ökologische Standards oder bestimmte soziale Standards einhalten, und dann würde man einfach sagen, okay, wer dieses Ziel Zertifikat hat, die Geldanlage, die kommt dann halt ins Portfolio rein. Da können wir dann überlegen, das mit aufzunehmen. Andernfalls gibt es auch die Möglichkeit, mit Selbstverpflichtungen zu arbeiten, dass man dann sagt, "naja, wenn wir irgendwo investieren, dann stellen wir eine Selbstverpflichtung auf, die unterzeichnet werden muss", und dann fordert man das quasi von dem Unternehmen und den nachgeordneten Unternehmen ein, selbst darauf zu achten, dass solche Kriterien eingehalten werden. Das ist also bei Finanzanlagen... aber das ist auch eine Frage, zum Beispiel im Bereich der Vergabe, wo ziemlich viel auf diese Art und Weise gearbeitet wird, mit derartigen Selbstverpflichtungen. Wir sind aber bei diesem Prozess noch relativ am Anfang. Wir haben den Antrag gestellt. Der wird jetzt zwischen den Fraktionen und mit der Verwaltung verhandelt, und dann wird man halt schauen, auf welche Art und Weise man diese Kriterien, die wir da einbringen wollen, denn auf die beste Art und Weise verfolgen kann. Und letztlich geht es natürlich auch darum, Mehrheiten zu finden, dafür bestimmte Kriterien tatsächlich zu den Kriterien für die Finanzanlagen des LVR zu machen.

00:12:08

Eva: Ja, ich wünsche euch natürlich auch jetzt schon mal viel Erfolg. Ich weiß jetzt nicht genau, wie sich die Situation darstellt bezüglich der Findung von Mehrheiten, wie optimistisch ihr seid, aber auf jeden Fall drücke ich euch sehr die Daumen. Noch mal zu der Überprüfung der Kriterien. Also ich denke, das ist ja auch ein sehr weites Feld und sehr komplex, und eigentlich war es ja auch die Idee, dass wir mehr über die kommunale und die regionale Ebene sprechen. Dazu würde ich dich gerne noch fragen, schätzt du es so ein, dass wirtschaftliche Rentabilität dieser Finanzanlagen - oder, wenn man so will - finanzielle Nachhaltigkeit und beispielsweise ökologische oder soziale Nachhaltigkeit... stehen die im Widerspruch zueinander, oder würdest du sagen, dass die vielleicht sogar Hand in Hand gehen. Oder kann man das überhaupt so sagen? Wie würdest du das bewerten?

00:13:04

Wilfried: Es gibt tatsächlich Studien dazu, die sich mit genau dieser Frage befasst haben; die Vergleiche aufgemacht haben zwischen Finanzanlagen, die sich an solchen zusätzlichen Kriterien orientieren, an ökologischen und sozialen Kriterien, und herkömmlichen Finanzanlage: Mit dem erstaunlichen Ergebnis, dass tatsächlich solche Finanzanlagen zumindest tendenziell besser abschneiden, bei denen ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt sind. Jetzt kann man sich natürlich fragen, was steckt dahinter? Was kann dafür die Erklärung sein? Und das, was ich als mögliche Erklärung gefunden habe, ist die, dass da, wo solche Kriterien wie ökologische Kriterien, soziale Kriterien berücksichtigt werden, diejenigen, die diese Finanzanlagen betreuen, sich mehr einarbeiten müssen, genauer hinschauen müssen

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

in Bezug auf diese Finanzanlagen. Und deswegen mehr über sie wissen und auch besser einschätzen können, wie rentabel oder wie sicher diese Anlagen sind; was ich eine ganz faszinierende Kombination finde.

00:14:25

Eva: Ja, vielen Dank, das klingt sehr interessant. Danke, dass du auch so - ich sag mal - die Studienlage dargelegt hast. Ich würde mal gerne zurückkommen zur Kölner Ebene. Und zwar war es so, vor Kurzem ist im Finanzausschuss ein Green Bond beschlossen worden für Köln. Ein paar Details sind da noch unklar, nämlich ob es sich jetzt um eine Anleihe handeln soll oder um einen Schuldscheindarlehen. Das ist insofern relevant, weil das Auswirkungen hat auf das Volumen, auch auf den Investorenkreis. Wir haben das im Großen und Ganzen unterstützt, dass der Green Bond kommt. Trotzdem muss man aber dazu sagen, dass dieser Beschluss, dass das wirklich von den Fraktionen kontrovers diskutiert wurde und nicht ganz klar war, wie die tatsächlichen Auswirkungen davon sind. Also, es wurde teilweise bemängelt, dass es sich vielleicht nur um Bilanzkosmetik handelt, weil die Stadt hat ja genug Liquidität; die hat ja keine Probleme in der Liquiditätsbeschaffung. Wie würdest du das denn beurteilen? Bei diesem Green Bond - ist das Greenwashing, oder findest du das eine sinnvolle Maßnahme? Vor allen Dingen, wenn es vielleicht auch ein ein Bond ist, wo auch Kleinanleger investieren können? Wie siehst du das?

00:15:45

Wilfried: Also, unter dem rein finanziellen Gesichtspunkt würde ich sagen, dass es nicht notwendig ist, so einen Green Bond aufzulegen. Du hast es ja gerade angesprochen, die Stadt hat kein Liquiditätsproblem. Sie kann Kredite aufnehmen, wenn sie es braucht, und dass wird ihr auch nicht verweigert. Und letztlich würde ich auch sagen, dass diese Kredite wahrscheinlich tendenziell günstiger sein werden als die Ausgabe von Green Bonds das sein wird für die Stadt Köln.

00:16:15

Wilfried: Die Stadt Köln hat ja zwischenzeitig zu der Niedrigzinsphase tatsächlich Kredite zu Negativzinsen aufgenommen, also nur knapp Negativzinsen, aber immerhin. Und dann gibt es natürlich auch den zusätzlichen Aufwand, dieses neue Finanzinstrument zu verwenden und so einen Green Bond aufzulegen, den man bei den Kommunalkrediten nicht hat, weil da halt die Prozesse einfach eingespielt sind. Von daher, unter diesem Gesichtspunkt würde ich sagen, sind Green Bonds nicht unbedingt sinnvoll, nicht relevant für die Finanzierung der Stadt Köln. Unter anderen Gesichtspunkten aber eventuell schon, nämlich unter dem Gesichtspunkt, dass man das Thema auf die Tagesordnung bringt, Aufmerksamkeit dafür schafft. Also gerade bezüglich der Kölner Greenbonds habe ich jetzt in den letzten Wochen mehrere Artikel gelesen. Das heißt, das ist etwas, wo tatsächlich das Auge der Öffentlichkeit dann eben auch drauf fällt. Wenn man es dann tatsächlich auch hinbekommt, diese Green Bonds breit zu streuen, sodass die Bevölkerung diese Green Bonds aufkauft, dann erzeugt das natürlich auch ein direktes Interesse der Bevölkerung an diesem Thema, erst mal an den Bonds, aber dann eben auch mit dem Thema. Wo ich mir auch denken könnte, dass das erfolgreich sein kann, unter diesem Gesichtspunkt die Öffentlichkeit mit einzubeziehen und Transparenz zu schaffen, Aufmerksamkeit zu schaffen.

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

00:17:51

Eva: Wenn ich da mal reingrätschen kann, zum Thema Öffentlichkeit beziehungsweise einfach den Menschen, die dann diesen Green Bond aufkaufen: Ich denke mal, vor allem, wenn es sich da um auch Privatanleger handelt - das ist ja noch gar nicht klar, für wen das möglich sein wird - dann haben die Menschen ja die Vorstellung: "Dieses Geld geht in nachhaltige, in grüne Projekte". Kann die Stadt das dann eigentlich selber so bewerten, wie wie grün die Projekte tatsächlich sind? Die Frage, die ich mir auch stelle, ist, dass viele Projekte ja auch, ich sag mal, eine ambivalente Wirkung haben, was den Klimaschutz betrifft und was den Umweltschutz betrifft. Wie würdest du das bewerten?

00:18:35

Wilfried: Also, ich würde sagen, das einfachste ist ...sind solche Fälle, in denen die Stadt selbst ein Projekt aufsetzt. Wie das zum Beispiel sein könnte, wenn es darum geht, Solaranlagen auf städtischen Gebäuden zu installieren. Das ist etwas, was schon lange angedacht ist, aber was bislang halt nicht wirklich umgesetzt wird, auf den städtischen Gebäuden, auf den Dächern diese Anlagen dann eben anzubringen. Das ist was, wo die Stadt selbst dann jede Möglichkeit hätte, zu kontrollieren und zu steuern, dass das Projekt tatsächlich ökologisch durchgeführt wird. Wenn es um Projekte geht, die nicht im direkten Einflussbereich der Stadt Köln sind, dann muss halt auch wieder gearbeitet werden, entweder mit Zertifizierung oder auf der anderen Seite mit solchen Selbstverpflichtungen, zu denen die Stadt dann eben die Unternehmen oder die Projekte verpflichtet, in die die Gelder aus den Green Bonds reinfließen sollen. Aber das ist auf jeden Fall etwas, was gemacht werden muss, weil sonst natürlich jeder sagen wird, wir sind hier an der Nase herumgeführt worden, wenn halt die Gelder aus diesen Green Bonds nicht in solche tatsächlich ökologischen Projekte reingehen, sondern in zweifelhafte Projekte. Von daher... das muss die Stadt sehr genau im Blick haben, was sie mit diesen Geldern macht.

00:20:15

Eva: Ja, vielen Dank für die Erläuterung. Ich glaube, das berührt schon so einen Themenpunkt, den ich sowieso noch ansprechen wollte, und zwar die Problematik, wenn man das so nennen kann, oder vielleicht den Sachverhalt, dass es ja super viele verschiedene Regulatoriken, Zertifikate, Nachhaltigkeitsziele et cetera gibt. Da gibt's ja ganz viele Unterschiedliche...Wir haben ja schon über die EU Taxonomie gesprochen. Es gibt ja auch noch die UN Sustainable Development Goals. Wie kann man denn da, ich sag mal auch als Stadtverwaltung, ein bisschen durchblicken in dem Dschungel an Regulatoriken, an Zertifikaten, und wie kann man... wie kann die Stadtverwaltung entscheiden, wie eng sie die Regulatorik ziehen will, die sie selbst auswählt? Ich denke, dass ja manche wahrscheinlich eher lasch und manche eher strenger sind. Weißt du da was zu? Kannst du da was zu sagen?

00:21:13

Wilfried: Naja, letztlich gibt es an der Stelle ja eine Arbeitsteilung zwischen der Politik und der Verwaltung. Die Verwaltung, die wird halt dann tatsächlich entweder diese Zertifizierung selbst betrachten müssen, oder sie holt sich jemanden ran, der sozusagen von der Metaebene auf diese Zertifikate schaut und die halt dann für die Stadt bewertet; und erarbeitet dann die entsprechenden Informationen für die Politik.

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

Letztlich muss das dann halt in den Ausschüssen beraten werden und vom Rat beschlossen werden, welchen Standard man tatsächlich umsetzen will; welche Kriterien wichtig sind für die Green Bonds und für die Finanzanlagen der Stadt.

00:21:55

Eva: Was ich dich noch gerne fragen würde: Was ja, ich sag mal, ein Buzzword ist unter jüngeren Leuten, auch was das Thema Finanzen angeht, das ist die Generationengerechtigkeit. Das kann man ja auf alle möglich Themenkomplexe beziehen. Aber gerade bei Klimaschutz und auch den Ausgaben für den Klimaschutz, bei der kommunalen Klimawende, wird auch dieses Wort Generationengerechtigkeit oft verwendet. Kannst du vielleicht mal für die Hörerinnen und Hörer ein bisschen erläutern, vielleicht auch ein bisschen visualisieren, was man sich darunter vorstellen kann, welche Investitionen da vielleicht getätigt werden müssen und auch, was denen im Weg steht?

00:22:38

Wilfried: Dieser Begriff der Generationengerechtigkeit, das ist ein erstaunlich politischer Begriff. Klingt erst mal nicht danach, aber es ist tatsächlich so. Diesen Begriff "Generationengerechtigkeit" führen üblicherweise erst mal politische Kräfte im Mund, die darauf aus sind, eine knappe Haushaltsführung durchzusetzen. Ja, also...

00:23:07

Eva: Das wundert mich jetzt. Ich kenne den Begriff nämlich in einem ganz anderen Kontext; dass nämlich genau das Gegenteil gemeint ist. Aber deswegen finde ich das umso interessanter, was du dazu jetzt sagst.

00:23:18

Wilfried: Also, mein Eindruck zumindest ist der, dass es tatsächlich erst mal darum geht zu sagen, wir wollen zukünftige Generationen nicht mit Schulden belasten. Das ist sozusagen der Standardsatz in Bezug auf das Thema Generationengerechtigkeit, und das bedeutet dann eben, dass man sagt, die Stadt muss knapp mit ihren Geldern umgehen, oder "verantwortlich", so wie das dann eben in deren Diktion ist. Die Stadt muss schauen, dass sie alles direkt finanziert bekommt und nicht über Kredite, die dann halt später abbezahlt werden, was aber letztlich ziemlich kurz gedacht ist, und zwar in verschiedenen Hinsichten. Also zum einen in der Hinsicht, wenn es tatsächlich darum geht, etwas zu finanzieren, was eine Lebensdauer hat von vielleicht 80 Jahren, wie eine Brücke über den Rhein, dann wäre es ja eigentlich überhaupt nicht generationengerecht zu sagen, dass die Leute, die jetzt leben, die Leute, die jetzt halt wirtschaften, dass die dann aus ihrer Kraft heraus diese Brücke finanzieren, sondern dann könnte man tatsächlich sagen: "na ja, dann müsste die Brücke ja auch tatsächlich über die 80 Jahre abbezahlt werden".

00:24:38

Wilfried: Das jetzt rein von der wirtschaftlichen Richtung her gedacht. Aber auch darüber hinaus kann man ja sagen, ist denn tatsächlich den Leuten Gerechtigkeit getan, wenn man halt bestimmte Ausgaben nicht tätigt und dementsprechend auch die Schulden dafür nicht aufnimmt, aber dafür halt bestimmte Leistungen nicht verfügbar sind, angefangen zum Beispiel mit Schulen. Für für die zukünftigen Generationen ist eine gute Schulbildung sicherlich eine sehr, sehr wichtige Sache, und

Linkspod – der Podcast der Linksfraktion in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

höchstwahrscheinlich relevanter als die Frage, ob das Schuldenniveau der Stadt Köln ein halbes Prozent höher oder niedriger ist. Und genauso halt auch der Bereich Kinderarmut. Also wenn man sagt: "naja, wir wollen halt jetzt nicht so viel Geld ausgeben, keine Schulden machen, damit wir die nachfolgenden Generationen nicht belasten", sind die Kinder nicht deutlich mehr belastet, wenn sie halt in Armut aufwachsen, viele Lebenschancen gar nicht erst bekommen? Von daher denke ich, dass dieser rein finanziell gedachte Blick auf Generationengerechtigkeit, dass der einfach nicht weit führt, dass der viel zu kurz gesprungen ist und eher ideologisch verwendet wird. Es gab tatsächlich ein Forschungsprojekt, daran war die Stadt Köln beteiligt, daran war das difu-Institut beteiligt und das FiFo-Institut, also ein finanzwirtschaftliches Forschungsinstitut; die sich halt mit dieser Frage Generationengerechtigkeit in Bezug auf Infrastruktur befasst haben, und die dann in den Blick genommen haben, solche Fragen wie "was ist denn eigentlich mit den Investitionen, die nicht getätigt werden?", die halt in einem Haushalt bislang abgebildet werden, egal auf welche Art und Weise dieser Haushalt aufgesetzt ist? Wie lässt sich das erheben? Wie lässt sich das eventuell auch in einen Haushalt einbringen? Das fand damals noch statt unter der vorherigen Kämmerin, der Frau Klug, die von den Grünen war. Hochinteressantes Projekt, das leider in der Politik viel zu wenig Resonanz gefunden hat. Wir haben als LINKE mehrfach versucht, das tatsächlich in die Diskussion einzubringen. Aber das ist natürlich etwas, was mit dem Blick auf knappe Haushalte, wie den andere Fraktionen halt häufig vor sich hertragen als eine Monstranz, nicht so gut vereinbar ist, weshalb wir tatsächlich Schwierigkeiten hatten, das dann in der Debatte unterzubringen.

00:27:27

Eva: Also, das ist super interessant, was du gerade gesagt hast. Für mich klingt das auch so, als wäre das ein Projekt oder ein Ansatz, den man noch mal in die Debatte einbringen könnte, gerade weil ja jetzt - oder schon seit längerem - das weiterhin ein Thema ist, das ja große Investitionen benötigt werden, aber nicht getätigt werden. Worauf ich eben hinaus wollte: Ich habe den Eindruck, dass dieser Begriff "Generationengerechtigkeit" vielleicht auch so eine Umdeutung erfahren hat, also dass zum Beispiel in meiner Generation - also ist vielleicht auch eine Generationenfrage - das auch eher das bedeutet, was du am Schluss gesagt hast. Dass die Investitionen, die jetzt nicht getätigt werden, sich für meine und auch für die noch jüngere Generation schlecht auswirken werden, also dass es Probleme geben wird, dass die Klimawende nicht vorangebracht wird. Und ich fand das jetzt sehr interessant, dass scheinbar dieser Begriff "Generationengerechtigkeit" in der Generation über mir was ganz anderes bedeutet hat, nämlich eher knappe Haushaltsführung und Sparen. Das wusste ich ehrlich gesagt nicht, und das finde ich wirklich sehr interessant.

00:28:38

Eva: Noch mal zurück zu den Investitionen. In Köln ist ja momentan groß in der Diskussion, welche Investitionen oder wie hoch der Prozentsatz ist an Geldern, die vielleicht gar nicht ausgegeben werden, die aber ausgegeben werden sollten. Woran liegt das denn in Köln? Dass einfach so viel nicht gemacht wird. Ist das so, weil gespart

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

werden soll? Hat das andere Gründe, und was würdest du sagen? Was sind denn so die zentralen Projekte, in die investiert werden sollte, wo es aber nicht stattfindet?

00:29:13

Wilfried: Das Problem in Köln und auch in vielen anderen Städten ist, dass das Personal in vor allem den 90er Jahren bis in die frühen 2000er Jahre, in vielen Bereichen sehr zusammengekürzt wurde. Die Baubereiche in vielen Städten, die sind mehr oder weniger halbiert worden, und dementsprechend ist es so, dass die Stadt immer weniger Aufgaben selbst erfüllen kann und stattdessen eben externe Unternehmen beauftragen muss. Teilweise ist es sogar so, dass Kommunen in der Situation sind, dass sie nicht mal mehr die Projektbegleitung selbst durchführen können. Und wenn es soweit ist, dann kann man natürlich auch mit externen Unternehmen kaum noch Projekte sinnvoll durchführen. Das Problem ist dann natürlich das, dass wenn man mit externen Unternehmen solche Projekte durchführt, das üblicherweise teurer wird; schon deswegen, weil da halt eben das Unternehmen miteingebunden ist, wo natürlich auch eine gewisse Profitabsicht dahintersteckt, wenn, wenn die sich halt engagieren. Eine Profitabsicht, die nicht existiert, wenn du dasselbe Projekt durchführst mit Mitarbeitern der Stadt. Und naja, da ist halt tatsächlich viel liegengeblieben; schon allein was Instandhaltung von Infrastruktur angeht. Wir kennen das Brückenproblem in ganz NRW, was ja auch in Köln eine große Rolle spielt. Wir haben dann aber auch noch ein zusätzliches Problem, wo es eben nicht nur um Instandhaltung geht, sondern da, wo es vielleicht um Ausweitung geht, und da, wo es darum geht, Infrastruktur zu modernisieren, in dem Fall Verkehr.

00:31:10

Wilfried: Wo ich jetzt gerade damit angefangen habe: Da geht es halt bei der Modernisierung darum, was für Infrastruktur schaffen wir denn zum Beispiel für wen? Was für Infrastruktur schaffen wir für Fußgänger? Was für Infrastruktur schaffen wir für den Radverkehr? Die Sache ist dann einfach die, dass im Verkehr über Jahrzehnte auf das Auto hin geplant wurde, und die anderen Verkehrsträger eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Jetzt stellt man fest, dass schafft Probleme. Probleme, auch für Autofahrende selbst, die halt gewöhnt sind, in und um Köln herum im Stau zu stehen. Aber vor allem natürlich Probleme für Leute, die mit anderen Verkehrsträgern unterwegs sind, und als Fußgänger sich zum Beispiel nicht aufhalten mögen in der Stadt oder an verschiedenen Orten. Barbarossaplatz springt einem entgegen, weil es einfach furchtbar ist. Dann Infrastruktur für Fahrradfahrer, die an vielen Stellen einfach gefährlich ist. Also, es gibt halt Stellen, wo Radwege einfach im Nichts verschwinden und man dann halt schauen muss, wie man weiter weiter findet. Es gibt Stellen, wo Radverkehrsinfrastruktur einfach so schwach ausgeprägt ist, dass ja, dass man da Kinder nicht drauf fahren lassen möchte; dass man als älterer Mensch sich vielleicht auch nicht traut, darauf zu fahren. Die Oberbürgermeisterin selbst sagt, sie traut sich nicht, in Köln mit dem Fahrrad zu fahren.

00:32:43

Eva: Echt, hat sie das so gesagt?

00:32:44

Wilfried: Ja, so hat sie sich geäußert! Was dafür spricht, dass die Infrastruktur fürs Fahrrad in Köln deutlich verbessert werden muss. Und beim ÖPNV gibt es gibt jetzt

Linkspod – der Podcast der Linksfraktion in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

eine Roadmap. Die ist erstellt worden mit einer ganzen Reihe von Projekten, wo neue Linien geschaffen werden sollen, oder bestehende Linien ertüchtigt werden sollen. Und da ist es halt so, dass viele von diesen Projekten bislang noch nicht mal einen Zeitplan haben; noch nicht mal einen Zeithorizont haben. Davon abgesehen, dass uns noch eine ganze Reihe weiterer Projekte einfallen würden, die wirklich wichtig wären. Und es ist so, dass die Projekte für die ein Zeithorizont angegeben wird, in dieser Roadmap ÖPNV, dass die halt gar nicht mit Personal hinterlegt sind, also das heißt, die Kräfte, die man eigentlich bräuchte in der Verwaltung, um das entweder selbst durchzuführen oder um es zu begleiten, die sind halt nicht vorhanden.

00:33:45

Eva: Ja, herzlichen Dank, dass du das jetzt auch so umfassend dargestellt hast. Ich hab da jetzt so herausgehört, dass das wirklich sehr langfristig angelegte Prozesse sein müssen, die dem vorausgehen, wenn man große Projekte umsetzen will; wenn man Investitionen tätigen will. Also, dass über Jahre genug Personal aufgebaut werden müsste. Jetzt, in Anbetracht des aktuellen Personalnotstands, ist denn dein Eindruck, dass sich da was tut? Hast du das Gefühl, die Stadtverwaltung stellt jetzt genug Personal ein, damit diese Dinge zu schaffen sind? Werden da Maßnahmen ergriffen, um diesem Personalnotstand entgegenzuwirken, oder läuft das nicht? Wie würdest du das sehen?

00:34:28

Wilfried: Naja, das Problem ist natürlich, wenn man tatsächlich eine Verwaltung so zusammengeschrumpft hat, wie das halt in diesen Bereichen gemacht worden ist, dann dauert es lange, das wieder aufzubauen. Und wenn man damit anfängt in einer Situation, wo solche Fachkräfte dann vielleicht auch knapp sind ...und natürlich anfängt in dieser Situation deswegen, weil man ja auch Schwierigkeiten hat, Unternehmen zu finden, die das machen, und deswegen kommt man dann wieder auf den Gedanken, vielleicht sollten wir es dann vielleicht doch selbst machen... Aber das ist halt die Situation, wo man sozusagen im Schweinezyklus drin ist, also wo man auch anfängt, etwas aufzubauen, gerade dann, wenn es schwierig ist... das ist etwas, das wird sich ziehen, und ja, verschiedentlich muss man auch sagen, dass die Stadt Köln sich da nicht unbedingt schlau anstellt.

00:35:26

Eva: Was könnte die Stadt denn besser machen? Also ist es... wird da zu wenig bezahlt, dass die Leute vielleicht gar nicht bei der Stadt arbeiten wollen? Werden zu wenig Stellenausschreibungen gemacht? Sind die Kampagnen schlecht oder was ist so das Problem?

00:35:44

Wilfried: Also zum einen ist es so, dass - nach verschiedener Einschätzung - die Möglichkeiten, die das Tarifrecht bietet, um solche Fachkräfte gut zu bezahlen, dass die nicht ausgeschöpft werden durch die Stadt Köln. Es ist aber so, dass bei der Stadt oder bei einer Kommune zu arbeiten, das hat einfach auch bestimmte Vorteile, also das ist in verschiedenen Hinsichten einfach ein angenehmes Arbeiten. Das heißt, da hat die Stadt auch ein Pfund, mit dem sie wuchern könnte, aber das wird halt auch nicht unbedingt hervorgehoben. Und was man dann auch immer wieder hört, ist das Problem, dass Bewerbungen einfach liegen bleiben bei der Stadt. Und wenn sich die

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

Stadt dann halt nach drei, vier, vielleicht sechs Monaten bei jemandem meldet, "Sie haben bei uns eine Bewerbung eingereicht. Wir würden sie gerne zum Vorstellungsgespräch einladen"; natürlich haben die dann bis dahin schon was anderes.

00:36:46

Eva: Ja, da hast du recht. Ich habe nämlich so was, nicht bei der Stadt Köln, aber auch woanders, selber schon erlebt, dass man sich nach sechs Monaten bei mir gemeldet hat, ob ich in zwei Wochen anfangen könnte. Das funktioniert natürlich nicht. Das ist ein großes Problem.

00:37:08

Eva: So. Wir haben jetzt schon ziemlich lange geredet. Ich würde dir gerne am Schluss noch eine Frage stellen. Das ist sozusagen eine Bonusfrage für die Finanznerds, die hoffentlich zuhören, auch um nochmal ein bisschen zum eigentlichen Thema zurückzukommen. Und zwar ist es ja so, dass die Stadtverwaltung Köln mit einem doppelischen Haushalt arbeitet. Ich hoffe, ich habe das überhaupt jetzt richtig gesagt. Die Doppik wurde ja vor einiger Zeit eingeführt, und vorher gab es die Kameralistik. Vielleicht kannst du mal kurz erläutern, was das beides ist und was eigentlich der Unterschied dazwischen ist, und warum das eingeführt wurde. Falls das möglich ist, das jetzt in ein paar Minuten zu erläutern.

00:37:50

Wilfried: Ja, versuchen wir es mal. Also die Kameralistik ist tatsächlich die Art und Weise, wie öffentliche Haushalte geführt wurden über Jahrhunderte. Ich hab mal gelesen, dass die Kameralistik eingeführt, nach dem dreißigjährigen Krieg. Ich weiß nicht, ob das tatsächlich so stimmt, aber es ist zumindest lange existent gewesen, und auch jetzt ist es so, dass verschiedene öffentliche Haushalte immer noch kameralistisch arbeiten. Der Bundeshaushalt zum Beispiel ist kameralistisch, die Landeshaushalte sind auch kameralistisch, und in manchen Bundesländern steht den Kommunen das frei, ob sie kameralistisch oder doppelisch ihren Haushalt führen wollen. Zum Beispiel in Bayern, glaube ich, und da ist es tatsächlich auch so, dass nicht unbedingt die Mehrheit der Kommunen dann halt gewechselt ist zur Doppik.

00:38:43

Wilfried: Die Doppik, also die Umstellung zur Doppik, ist eingeführt worden, ich glaube so 2008, 2009. Der Unterschied ist der, dass die Kameralistik erstmal Geldflüsse abbildet. Also da kann man sich tatsächlich vorstellen, jemand, also die Stadt, hat eine Stadtkasse, und dann wird jeweils aufgeschrieben, wenn Gelder in die Stadtkasse reinkommen, als wenn man Einnahmen hat, und wenn wieder Gelder ausbezahlt werden müssen. Und das Ziel ist dann eben, diese beiden Geldflüsse miteinander mehr oder weniger im Gleichgewicht zu halten - zumindest über die mittlere Frist - dann eben im Gleichgewicht zu halten. Da sind aber dann bestimmte Sachen einfach nicht im Blick, wenn man halt so vorgeht. Zum Beispiel, ein Gebäude taucht nur dann auf, wenn an diesem Gebäude gebaut wird, also wenn es am Anfang gebaut wird oder wenn später dran saniert wird, wenn irgendwas repariert wird. Und da war jetzt der Gedanke der, dass man eine andere Art und Weise bräuchte, um den Haushalt aufzuschreiben. Also vielleicht nochmal kurz als Exkurs, das sind nur verschiedene Formen, das aufzuschreiben. Das ist jetzt nicht so, dass da irgendwie eine

Linkspod – der Podcast der Linksfraction in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

Naturgesetzlichkeit drin wäre oder so, da muss man sich, glaube ich, gedanklich direkt von entfernen.

00:40:11

Wilfried: Zum Beispiel ist dann eben der Gedanke der, dass man doch gerne wissen möchte, bei einer Brücke, die 80 Jahre steht, oder bei einer Schule, die zig Jahre steht, bis sie halt entweder neu gebaut werden muss oder grundsaniert werden muss, dass diese Schule sozusagen über ihre Zeit an Wert verliert, und das möchte man im Haushalt abgebildet haben; eben die Abschreibung. Und das ist halt etwas, was dann in der Doppik aufgeführt wird. Da steht dann eben nicht nur drin am Anfang, wo dann das Geld ausgegeben wurde, um das Bauunternehmen zu bezahlen, sondern tatsächlich ist es so, dass die Schule mit ihrem Wert, den sie halt am Anfang bekommen hat, dadurch, dass sie gebaut worden ist, dann in der Bilanz drin steht und dann im Ergebnishaushalt über die 60 Jahre abgeschrieben wird. Das heißt, jedes Jahr ein bisschen an Wert verliert, ein Sechzigstel dann eben. Und auf die Art - war der Gedanke - bekommt die Politik und bekommt auch die Verwaltung ein klareres Bild davon, was tatsächlich passiert in Bezug auf die Ressourcen, in Bezug auf die Werte, die eine Stadt hat. Und der zweite Gedanke ist der, wenn Politik und Verwaltung ein klareres Bild haben, dann können sie halt auch besser planen, dann können sie besser entscheiden, wofür sie in Zukunft ihr Geld ausgeben wollen und was dann eben zu bezahlen ist.

00:41:58

Eva: Okay, vielen Dank. Das klingt ja so, als wäre die Doppik tatsächlich transparenter als die Kameralistik, aber es klingt auch so, als wäre gar nicht auszuschließen, dass es vielleicht irgendwann auch ganz anderes System geben wird, wie der Haushalt aufgeschrieben werden kann. Ich würde sagen, wir sind auch jetzt am Ende angekommen, und ich würde dich darum bitten oder danach fragen...vielleicht hast du noch letzte Worte, die du an die Hörerinnen und Hörer gerne richten möchtest? Vielleicht etwas zu deiner eigenen politischen Motivation, was dir besonders wichtig ist; irgendwas, was du abschließend sagen wollen würdest?

00:42:39

Wilfried: Ja, also, die Sache ist die, wenn man sich mit dem Haushalt beschäftigt: Viele Leute sind da erst mal sehr abgeschreckt, weil da einfach unglaublich viele Zahlen drin stehen; und vielleicht haben sie auch schon zu Schulzeiten, vielleicht mit Mathematik, nicht so viel zu tun gehabt. Das ist etwas, was zunächst einmal abschreckt, abschreckend wirkt für viele Leute. Ich glaube aber, das muss nicht so sein. Ich glaube, dass es tatsächlich Möglichkeiten gibt, sich da einzufinden und dann mit dem Haushalt tatsächlich auch auf eine Art und Weise umzugehen, die politisch erfolgreich ist, und die das eigene politische Handeln unterstützen kann. Und genau da würde ich mir wünschen: Dass viele Leute sich dafür auch öffnen und diesen Weg dann eben versuchen zu gehen; und da, wo es möglich ist, da würde ich sagen, da können wir das dann eben auch unterstützen als Hauptamtliche.

00:43:46

Eva: Ja, super! Dankeschön, Wilfried, dass du heute da warst und dass du dein Wissen heute mit uns und mit den Hörerinnen und Hörern geteilt hast.

Linkspod – der Podcast der Linksfraktion in Köln

Folge 6: Investitionen und Finanzierung in der Kommune

00:43:54

Wilfried: Gerne.